

Bericht der Planungsgemeinschaft Städtregion Ruhr gem. § 19 Abs. 4 Landesplanungsgesetz (LPIG)

betrifft das Änderungsverfahren

33 OB Zeche Sterkrade

Einigkeit/abweichende Meinungen

Die Änderung 33 OB Zeche Sterkrade betrifft ausschließlich die flächennutzungsplanerische Ebene, so dass hier ein Meinungsausgleichsverfahren gem. § 33 LPIG DVO nicht erforderlich war.

Abweichende Meinungen aus der Mitte der Räte wurden nicht vorgebracht. Von Seiten der Planungsgemeinschaft der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen bestehen naturgemäß keine Bedenken gegenüber der von den Räten aufgestellten Änderung des RFNP.

Verfahrensablauf

Alle für das Verfahren erforderlichen Beschlüsse sind nach Beschlussempfehlung durch den verfahrensbegleitenden Ausschuss durch gleich lautende Beschlüsse in den Räten der sechs beteiligten Städte übereinstimmend gefasst worden.

Übersicht Verfahrensablauf:

Nr. der Änderung	vbA z. Erarbeitungsbeschluss	Erarbeitungsbeschlüsse	Scoping	Frühzeitige Beteiligung / Frühzeitige Bürgerbeteiligung	vbA z. Auslegungsbeschluss	Auslegungsbeschlüsse	Förmliche Beteiligung / öffentliche Auslegung	Einvernehmen RVR-Verbandsversammlung	Erörterung	vbA z. abschließenden Beschluss	Abschließende Beschlüsse
33 OB	10.11.2017	07.12. - 18.12.2017	zusammen mit frühz. Beteil.	26.03. - 26.04.2018	10.05.2019	27.06. - 11.07.2019	02.09. - 02.10.2019	entfällt	entfällt	31.01.2020	23.03. - 25.06.2020

Der Erarbeitungsbeschluss für das vorgelegte Änderungsverfahren 33 OB des RFNP wurde von den Räten der Planungsgemeinschaft zwischen dem 07.12.2017 und dem 18.12.2017 gefasst.

Die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit fand vom 26.03.2018 bis 26.04.2018 statt. Im Rahmen des Scopings wurde gleichzeitig den Fachbehörden die Gelegenheit gegeben, sich zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung zu äußern. Die öffentliche Auslegung wurde zwischen dem 27.06.2019 und dem 11.07.2019 durch die Räte der Planungsgemeinschaft beschlossen. Die anschließende öffentliche Auslegung sowie die förmliche Beteiligung der Träger öffentlicher Belange fanden vom 02.09.2019 bis 02.10.2019 statt. Mit dem Aufstellungsbeschluss wird das RFNP-Änderungsverfahren beendet. Die Abwägungs- bzw. Feststellungs-/Aufstellungsbeschlüsse zur Planänderung wurden von den Räten der Planungsgemeinschaft (bzw. den Hauptausschüssen der Städte Essen und Oberhausen in Anwendung des § 60 (1) GO NRW –Dringliche Entscheidungen-) zwischen dem 23.03.2020 und dem 25.06.2020 gefasst. Das Ergebnis der Prüfung und Entscheidung durch die Räte der Planungsgemeinschaft wurde den Einsendern der Stellungnahmen mitgeteilt.

Nach erfolgter Beschlussfassung wird das Änderungsverfahren der Landesplanungsbehörde mit dem gem. § 19 Abs. 4 LPIG vorliegenden Bericht nunmehr zur Genehmigung eingereicht.

Ergebnis der Erörterungen

Auszugleichende Meinungen liegen nicht vor.

Beratung der nicht ausgeräumten Bedenken und Anregungen durch die Räte

Die nicht ausgeräumten Bedenken wurden einschließlich des vollständigen Abwägungsmaterials den Räten der RFNP- Städte zur Kenntnis und zur Entscheidung vorgelegt. Die Räte haben hierzu auf der Grundlage der jeweiligen Verwaltungsempfehlung gleich lautende Beschlüsse gefasst und anschließend den Planentwurf in unveränderter Form beschlossen. Den Anregungen des Naturschutzbundes Deutschland, Stadtverband Oberhausen e.V. -NABU-, konnte hierbei im Wesentlichen nicht gefolgt werden. Details sind ebenfalls der Synopse zur förmlichen Beteiligung mit Stand Nov. 2019 zu entnehmen.

Nachweis der Herstellung des Einvernehmens mit dem Regionalverband Ruhr (RVR)

Nach der Überleitungsvorschrift zum RFNP des § 39 LPlG kann die Planungsgemeinschaft den RFNP nach den Vorschriften des § 25 LPlG i.d.F. der Bekanntmachung vom 03.05.2005 ändern. Diese Regelung gilt bis zum Aufstellungsbeschluss des Regionalplans Ruhr durch die Verbandsversammlung des RVR. Hinsichtlich der regionalplanerischen Inhalte des RFNP ist dabei seit dem Erarbeitungsbeschluss des Regionalplans Ruhr am 06.07.2018 das Einvernehmen mit dem RVR herzustellen. Die für staatliche Regionalplanung zuständige Stelle wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung als gesonderter Träger beteiligt und auch zur förmlichen Beteiligung um Stellungnahme gebeten. Nach § 6 LPlG nimmt die Verbandsversammlung des RVR im Verbandsgebiet die Aufgaben des Regionalrates wahr. Da das Änderungsverfahren 33 OB lediglich den bauleitplanerischen Teil des RFNP betrifft, war eine Einvernehmensherstellung mit der Verbandsversammlung nicht erforderlich.